



# Infobrief

## des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik Nr. 10 – Oktober 2011

Inhalt	Seite
EDITORIAL	03
<b>AKTIONEN gegen den Notstand der Republik</b>	
Internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg	04
<b>KAMPAGNE: Kriegsverbrecher Blohm+Voss hinter Gitter - Kommt zum Prozess seiner Gegner!</b>	
Einleitung	08
Hintergrund zur Aktion	08
Bericht vom Prozess am 13.09.11	09
Einlassungen der Angeklagten	12
Presseerklärungen des Jugendaktionsausschuss	15
Pressespiegel zum Prozess am 13.09.11	15
Solidaritätserklärungen	17
<b>MATERIAL zum Notstand der Republik</b>	26
Flugblatt des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zum Prozess	27

### Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de  
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser



## Aktionszug gegen den Notstand der Republik



### Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- *„die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum*
- *den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden*
- *und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“\**

Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“\*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“\*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

\* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage ([www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de](http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de))

## Aktionen gegen den Notstand der Republik

### Klassenkampf statt Weltkrieg

#### Antikriegsaktion durch vier Länder zum Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Am 08. Mai 2011, dem 66. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, startete am Berliner Karl-Liebknecht-Haus eine außergewöhnliche Aktion: Der Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ begann seine Fahrt durch Berlin, die annektierte DDR, die Tschechische Republik und die Republik Polen, um an vergangene Kriege zu erinnern und die Völker dieser Länder im Kampf gegen die Bedrohung eines neuen Krieges zusammenzuführen. Die Aktion führte fünf historische Militär-LKWs von Berlin, über Leipzig und Dresden nach Prag in der Tschechischen Republik, dann durch die Republik Polen bis nach Gdańsk und zurück nach Berlin.

Getragen wurde „Klassenkampf statt Weltkrieg“ von einer Aktionseinheit aus deutschen,

tschechischen und polnischen Organisationen der Arbeiter- und Antikriegsbewegung. Ihr gemeinsames Ziel bestand in der Erinnerung an die Verbrechen, den Massenmord und den Zerstörungswahn des deutschen Imperialismus, der Warnung vor deutschen Kriegen und der Festigung der Völkerfreundschaft.

Denn ist es nicht eines der besten Mittel, diesen Kampf über alle Grenzen hinweg zu führen, sich international die Hand zu reichen und sich zusammenzuschließen?

Auch wir unterstützen die Aktion und haben in mehreren Ausgaben unseres Infobriefes bereits darüber berichtet. Weitere Informationen findest du also auch auf der Homepage des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik: [www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de](http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)



## Unterwegs



Abfahrt aus Berlin



Dresden

„Am Abend des 11. Mai teilt die Einsatzleitung der Polizei in Zittau der Leitung des Aktionszugs "Klassenkampf statt Weltkrieg" mit, dass entlang der Grenze auf dem Gebiet der Republik Polen der Zug nicht nur durch polnische, sondern ebenso durch die Okkupantenpolizei der BRD (die Polizei Sachsens) begleitet werde.



Prag



Poznań

Zwei Wochen lang zeigten die Teilnehmer – Arbeiter, Jugendliche, Unorganisierte, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten ... – was geht, wenn ein Wille und ein gemeinsames Ziel existieren. So wurden Aktionen gemacht, tausende Flugblätter verteilt, neue Flugblätter geschrieben, Plakate geklebt, Spenden gesammelt, Musik gemacht und mit Passanten und Aktivisten diskutiert und damit in erster Linie vor dem deutschen Imperialismus gewarnt.

Diesen deutschen Imperialismus und seinen Gewaltenapparat erlebte der Aktionszug nicht nur auf deutschem Boden in Form der deutschen Polizei. Auch in Polen war beispielsweise die Bundeswehr präsent. Und nicht nur sie. Für die deutsche Polizei scheinen keine Staatsgrenzen oder staatliche Souveränität mehr zu gelten. Immer wieder versuchte sie, den Aktionszug auf polnischem Gebiet zu begleiten.

Die Antwort der Teilnehmer war eindeutig:



Ankunft in Berlin

Das sofort einberufene Plenum der Zugteilnehmer beschließt auf Vorschlag der Zugleitung einstimmig: Keinen Meter werden wir, die wir vor der Zerschlagung polnischer Souveränität durch den Staat der deutschen Monopole warnen; die wir auf unseren Wagen etwa die sofortige Auflösung der verfassungs- und völkerrechtswidrigen Bundespolizei fordern – keinen Meter weit werden wir in bundesdeutscher Polizeibegleitung auf polnischem Gebiet fahren!“

„Am Mittag des 12. Mai, Grenze in Zittau. Die Leitung des Aktionszuges verhandelt mit der polnischen Polizei. Nachdem die Sachlage erläutert und vom Eilantrag berichtet wurde, erklärt die polnische Polizei: Wenn der Aktionszug das wünscht, sehen sie von der „Unterstützung“ durch die deutsche Polizei ab. Wir wünschen das wahrlich! Also fährt der Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ nun

doch in die Republik Polen – ohne deutsche Polizei.“ (aus dem Aktions-Tagebuch)

Die vollständige Route des Aktionszuges und viele weitere Eindrücke können über ein Online-Tagebuch nachvollzogen werden:

[www.himmelschevier.de](http://www.himmelschevier.de)



## Der Zug

Den Anfang des Zugs bildet die Nachbildung einer deutschen Rakete. Auf ihr macht die Kanzlerin der BRD eine tragisch komische Figur. Sie fühlt sich auf dem Projektil sichtlich nicht wohl, versucht in Richtung seiner Spitze zu entkommen und rutscht immer wieder zurück auf das schon Feuer speiende Heck, dass von einem Vertreter des Kapitals immer wieder angeheizt wird. Daran ein Anhänger, auf dem ein Flakhelfer in der Uniform der Hitlerjugend sitzt, er trägt ein Namensschild, auf dem man „Rattinger“ liest, oder sollte es doch „Ratzinger“ sein? Ihm folgt ein Wagen auf dem der Deutsche Orden an die lange Vergangenheit deutscher Überfälle auf Polen erinnert. In seiner Geschützluke steht General Steinhoff, einer jener Nazigeneräle, die seit den 50er Jahren die neue deutsche Wehrmacht gegen den Widerstand großer Teile des Volkes aufbauten und gibt sein Bonmot zum Besten:

„Es ist angenehmer, den Rauch einer Rakete zu schlucken, als von ihr getroffen zu werden.“ Dann einer mit Gestalten, die sich noch nicht entscheiden wollen, für wen und gegen wen sie sind. Ihre Ambivalenz und ihr Schwanken wird demonstriert an der Figur des Oskar Matzerath aus Grass' Roman „Die Blechtrommel“.

Ein Wagen mit Arbeitern und der letzte mit Jugendlichen, die sich in Deutsch, Tschechisch und Polnisch gegen eine Vaterlandsverteidigung in Deutschland aussprechen („Wir haben kein Vaterland zu verteidigen!“) und für die Souveränität der Tschechischen Republik und Polens („Nie wieder München!“, „Noch ist Polen nicht verloren!“). Zu Verrätern der Anschläge ihrer Herren auf andere Länder werden also die Arbeiter und die revolutionäre Jugend, die vor allen anderen in einem nächsten deutschen Krieg nichts zu gewinnen und alles zu verlieren haben.



## Es geht weiter!

Den Abschluss der Aktion bildete eine gemeinsame Resolution der Teilnehmer mit folgendem Wortlaut:

- Es hat sich als richtig bewiesen, mit „Klassenkampf statt Weltkrieg“ über die annektierte DDR in die Tschechische Republik und die Republik Polen zu ziehen.
- Es hat sich gezeigt, dass Fortschritte in der Herstellung einer Allianz der Völker gegen den deutschen Imperialismus weniger durch Schriftstücke, Konferenzen usw. erreicht werden können, sondern Taten wie die des Aktionszugs „Klassenkampf statt Weltkrieg“ nötig sind!
- Die im Vorfeld der Aktion und während ihr entstandene Zusammenarbeit mit kommunistischen und antifaschistischen Kräften in der Tschechischen Republik und der Republik Polen muß erhalten und intensiviert werden.
- Wir die Teilnehmer sind uns sicher, dass die internationale Antikriegsaktion „Klassen-

kampf statt Weltkrieg“ (wenn auch eventuell in anderer Form) fortgeführt werden muss. Nur so kann die schon bereits von ihr hergestellte Einheit gefestigt werden gegen den drohenden Krieg von deutschem Boden aus.

Verabschiedet von den Teilnehmern der Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ am 21. Mai 2011 in der Republik Polen.



Die Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“ hat ihre Aufgabe noch nicht erfüllt, weitere Aktionen werden folgen.

Deshalb: Sei dabei und unterstütze den internationalistischen Kampf gegen den Krieg!



Der Aktionszug wird weiter fahren. Wann und wo ist zwar noch nicht klar, klar ist aber, dass im Mai 2012 eine internationale Konferenz am Ort des Münchner Diktats von 1938 stattfinden wird. Hier werden Vertreter verschiedener polnischer, tschechischer und deutscher Organisationen zusammenkommen. Hier wird die gegenwärtige Kriegsgefahr ebenso beraten werden, wie die Möglichkeiten weiterer gemeinsamer Kämpfe über Ländergrenzen hinweg. Weitere Informationen zur internationale Aktionseinheit, zu den Hintergründen, weiteren

Aktivitäten sowie Fotos, Materialien, Presseberichte, Stellungnahmen und natürlich ein Spendenaufruf finden sich unter: [www.himmlichevier.de](http://www.himmlichevier.de)



Julian (Gießen)

## KAMPAGNE: Kriegsverbrecher Blohm+Voss hinter Gitter! Kommt zum Prozess seiner Gegner!

### Einleitung

Am 13. September 2011 hatten drei von acht Aktivisten in Hamburg-Harburg ihren Prozess wegen unserer Antikriegsaktion auf der Blohm+Voss Werft im letztem Jahr. Was damals passierte könnt ihr im „Hintergrund zur Aktion“ nachlesen. Wie der Prozess ausgegangen ist, könnt ihr dem Bericht „Hausfriedensbruch mit Applaus“ entnehmen. Lesenswert ist auch unser Pressespiegel mit zahlreichen Artikeln von bürgerlichen Medien, die allerdings von wenigen Ausnahmen abgesehen auf einer Meldung der Deutschen Presseagentur beruhen und um Verfälschungen nicht verlegen sind.

Weitere Prozesse werden folgen und wir werden nicht müde, unsere Kampagne gegen den Kriegsverbrecher Blohm+Voss fortzuführen, welche nur ein Teil unseres Kampfes

gegen den Notstand der Republik, gegen Krieg und Faschismus ist.

Zur Zeit planen wir u.a. eine Veranstaltung in Hamburg, bei der wir über den Prozess am 13.09.11 und die historischen, wie aktuellen Gründe für unsere Aktion berichten wollen. Den Termin im Oktober werden wir demnächst auf unserer Homepage veröffentlichen.

Auf diesem Wege wollen wir uns auch für die große Solidarität (siehe: „Solidaritätsadressen“) bedanken und freuen uns über weitere Unterstützung.

Spenden sind nach wie vor erwünscht, damit wir unseren Kampf weiterzuführen können.

#### **Spendenkonto:**

Postbank Essen, KTN: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser, Stichwort: Prozesse

### Hintergrund zur Aktion

Am 23. und 24. Oktober 2010 fand das IV. Jugendaktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik in Hamburg statt, an dem Jugendliche aus unterschiedlichen fortschrittlichen Organisationen und Städten teilnahmen. Wir haben uns über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die Kriegsgefahr, die sogenannte Bundeswehrreform und mög-

liche Auswege aus diesem Kreislauf von Krise, Krieg und Barbarei informiert. Am Samstag Nachmittag führten wir eine Kundgebung auf den Landungsbrücken unter dem Motto: *„Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei – Klassenkampf statt Weltkrieg – Für die internationale Solidarität“* durch.



Acht Aktivisten ließen am gegenüberliegenden Dock der Rüstungswerft „Blohm+Voss“ ein großes Transparent mit eben dieser Losung herunter. Mit roten Fahnen und dem Ruf „*Hoch die internationale Solidarität*“ grüßten sie die Kundgebung. Nachdem das Transparent eine Zeit lang dort gehangen hatte, tauchte der Werkschutz auf und begleitete die Aktivisten vom Werksgelände.

Rund neun Monate später erhielten die ersten Aktivisten einen Strafbefehl wegen Hausfriedensbruch. Die betroffenen Aktivisten haben beschlossen, diesen Strafbefehl nicht einfach hinzunehmen und Einspruch dagegen eingelegt, was automatisch zu einem Gerichtsprozess führt.

Julia (Bremen)

## Hausfriedensbruch mit Applaus

Harburg war mal eine eigene Stadt und auch wenn man heute durch die Straßen geht, kommt es einem eher so vor, dass man sich irgendwo in Norddeutschland in einem Nest, als in einem Stadtteil von Hamburg befindet. Auch das dortige Amtsgericht tut dem Dorfcharakter keinen Abbruch – stünde am Eingang nicht die besagte Institution, käme man wohl eher auf Grundschule oder besser Dorfschule. Nichtsdestotrotz kam es am Dienstag, den 13. September diesen Jahres dort zu einem juristisch gesehen eher standardmäßigen, politisch gesehen jedoch zu einem Prozess der etwas anderen Art.

Wegen Hausfriedensbruch hatten drei von acht jungen Antimilitaristen ihren Prozess. Ihnen wird vorgeworfen, sie seien auf unerklärliche Art und Weise in das befriedete Besitztum eines anderen, genauer gesagt in die Blohm+Voss Werft im Hamburger Hafen, eingedrungen, um längsseitig der Elbe ein Transparent gegen den Krieg zu hissen. Um 30 Tagessätze á 30 Euro ging es.

Doch wer eigentlich wen anklagte, schien spätestens mit Prozessbeginn nicht mehr völlig klar zu sein. „Kriegsverbrecher Blohm+Voss

hinter Gitter!“ war auf einem Transparent am Eingang des Gerichtsgebäudes zu lesen. Fast schon mitleidig wirkte da der schnöselig,

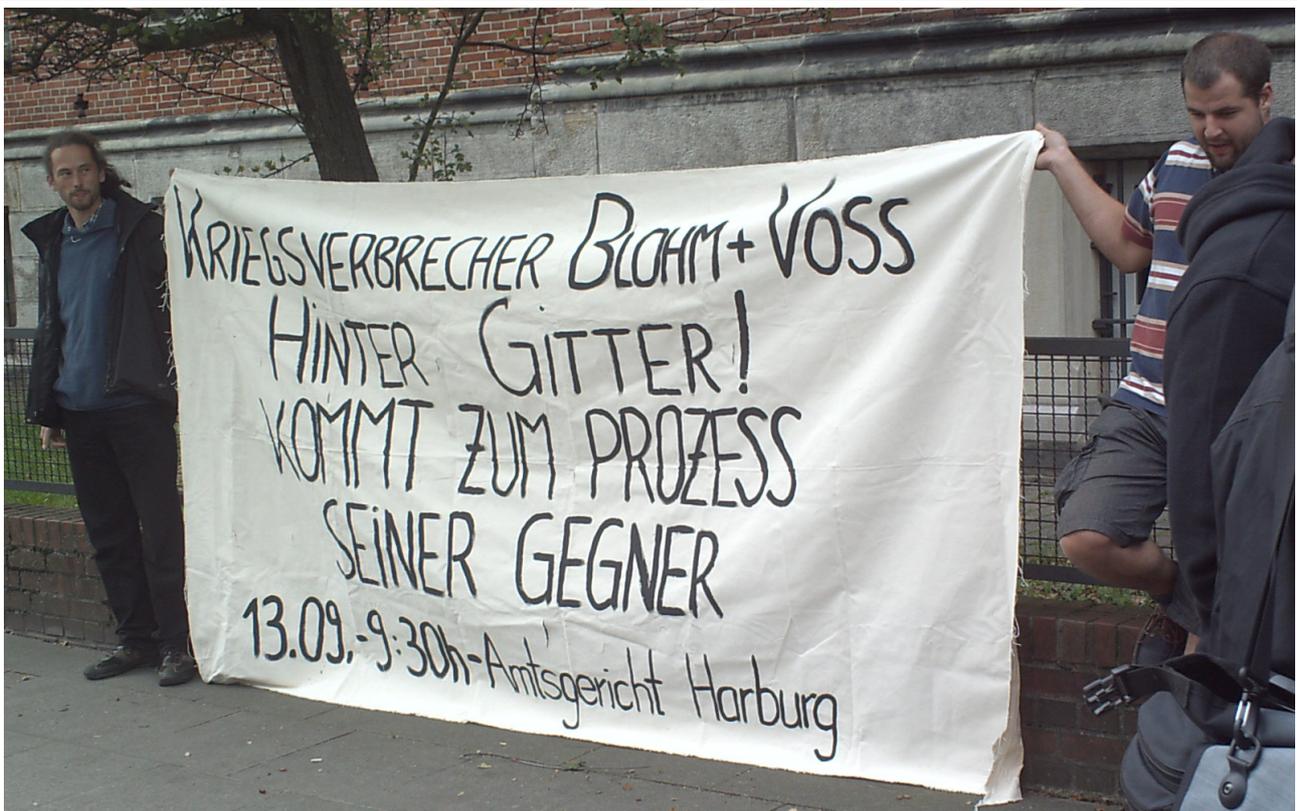
blondierte Richter, der kaum älter als die Angeklagten war, als die etwa 45 Zuschauer sich mangels Platz auch noch die Zeugenbank direkt hinter den Angeklagten erkämpften. Bei allem Mitleid sei an dieser Stelle aber auch noch erwähnt, dass der Richter – hätte er nur ein bisschen die Augen geöffnet – sich das bei all den Bekanntmachungen, die die Tage zuvor in Hamburg zu finden waren, schon hätte denken können.

Und welcher Amtsrichter hat bei nem Hausfriedensbruch schon volles Haus, die dpa und eine Kundgebung vor der Tür. Der Karrieresprung war quasi schon in trockenen Tüchern, doch wie so oft im Leben (und rein

subjektiv, von einem Nichtjuristen eingeschätzt) dürfte die Leiter zu Höherem für unseren ehrenwerten Richter eher nach unten führen. Um's Verrecken ging da an diesem Vormittag nicht's für ihn.

Doch nun zum Prozess: Was tut man, wenn man für seine antimilitaristische Tätigkeit vor Gericht gebracht wird und gar kein Interesse





daran hat, mit dem Richter über die Frage Hausfriedensbruch ja/nein zu diskutieren, denn darum ging es nie? Man hält eine politische Rede vor Gericht! Auch leugnet man nichts, denn was gibt es schon zu leugnen, bei dem Selbstverständlichsten, dass man in Zeiten, in denen der deutsche Imperialismus schon wieder drauf und dran ist, die halbe Welt in Schutt und Asche zu legen, tun sollte? Dies schien auch der Haltung des ersten Angeklagten zu entsprechen, zumindest nach dem Inhalt seiner Stellungnahme gehend. Außerdem sei er in die sozialistische Erziehungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen bei den Falken involviert, was die praktische Umsetzung dessen, was man Tag ein, Tag aus in Worten an die Jugendlichen zu bringen versucht, notwendiger Weise mit sich bringt. Und genau so sah es auch das Publikum, das

es sich nicht nehmen lies, die Erklärung des ersten Angeklagten zu beklatschen.

Was nun folgte, schien eher einem politischen Kabarett, als einer bürgerlichen Gerichtsverhandlung gleich! Klatschen beeinflusse die Verhandlung und sei daher ab sofort untersagt. Bei abermaligem Klatschen drohte der Richter gar mit einem Saalverweis.

Es folgte die Rede der zweiten Angeklagten. Diesmal von einer Betriebsrätin bei Daimler – was sie auch erwähnte. Sich ihrer Verantwortung als Arbeitervertreterin bewusst, heißt das nun einmal, gegen den Krieg von deutschem Boden aus auf die Straße oder auch mal auf eine Werft zu gehen. Und das gleich fünfmal dann, wenn an einem Unternehmen wie Blohm + Voss noch das Blut von aberhundert Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen haftet. Vollkommen richtig! Applaus!



In einer bürgerlichen Gerichtsverhandlung entscheidet über den Verlauf der Dinge der Richter, nicht so in dieser. Dort schien es zunächst der Staatsanwalt zu sein, der den Richter mehr als deutlich auf seine zu Beginn geäußerte Drohung hinwies. Staatsanwalt sagt an, Richter befolgt - die Zuschauer werden des Saales verwiesen, alle!

Zwischenbilanz:

Hausfriedensbruch hin oder her, wir befanden uns vor allem in einem politischen Prozess (der Herr Staatsanwalt persönlich gehörte der politischen Abteilung an!), in dem jungen Kriegsgegnern der Mund verboten werden sollte – und nun auch noch fernab von jeglicher Öffentlichkeit!

Weiter: Das Publikum – seiner Sache bewusst – blieb sitzen, komme was wolle. Zunächst kamen drei Gerichtspolizisten, die sich – ihrer Situation (3 zu 45) ebenfalls bewusst – schnurstracks dem Richter zuwendeten, mit dem Antrag, doch bitte Verstärkung anzufordern, man wäre der Lage nämlich nicht wirklich gewachsen.

Die Sitzung wurde unterbrochen.

Mit den Worten „gut, dann fordere ich jetzt eben Verstärkung an“ verließ der Richter (mit nicht gerade gut gelaunter Miene) den Saal – und so viel sei an dieser Stelle schon verraten, das Publikum bekam ihn innerhalb dieser vier Wände auch nicht mehr zu Gesicht.

Wohl gemerkt fünf Mannschaftswagen Bereitschaftspolizei zählte die gerufene Verstärkung, die nach einer guten halben Stunde eintraf und den Saal umstellte.

Zwischenzeitlich schien es dann sogar dem Staatsanwalt etwas zu heiß zu werden, denn immerhin verklickerte er unserem Rechtsanwalt hinter geschlossenen Türen durch die Blume, dass man das Ganze sicherlich auch anders regeln könnte und es den ganzen Aufmarsch hier eigentlich gar nicht bräuchte. Doch leider lieber Herr Staatsanwalt galt dann schon die Devise „mit gehangen, mit gefangen“, denn ohne Publikum, mit Polizei und ohne Applaus



für aufrechte Reden war hier nichts mehr zu machen! Wenn, dann nur umgekehrt.

Des Richters Tag war es ja wie erwähnt nicht, doch sich gleich in eine andere Verhandlung zu flüchten, war dann selbst für den Staatsanwalt etwas zu viel des Guten. Übrigens blieb es bis dato bei der Umstellung durch die Bereitschaftspolizei, weitere Befehle hätten folgen sollen, folgten aber nicht.

Die Situation war festgefahren und es fand eine Unterredung zwischen Richter und Staatsanwalt – wer war doch gleich noch mal Angeklagter, Richter und Kläger? – statt. Die „Angeklagten“ jedenfalls waren schon längst die Kläger. Ergebnis der Unterredung war ein ganz neuer Vorschlag: Bei einer symbolischen Spende von 100€ pro Angeklagtem würde man das Verfahren sofort einstellen. Das war ein klarer Punktsieg, die drei Antimilitaristen nahmen das Angebot an.

Ist es nicht viel mehr eine Frage der Vernunft, als die der Legalität, innerhalb eines kleinkarierten und kleinbürgerlichen deutschen Rechtsstaates, ob man nun für das richtige eintritt oder nicht? Nicht nur diese Frage stellte der letzte der dreien, ein Mitglied der FDJ – aber nicht mehr dem Richter, sondern dem dann nach offiziellem Ende der Verhandlung aus freien Stücken vor das Gerichtsgebäude gegangenem Publikum, dessen Antwort folgerichtig lautete: Applaus!



Jan (Regensburg)

## Einlassung von Jan Haas zur Anklage

Gehalten am 13.09.11 auf der Hauptverhandlung im Amtsgericht Hamburg-Harburg

Es tut Not daran, gegen den Krieg etwas zu tun. Schade, dass nicht an jeder Hausecke ein Transparent, das sich gegen den Krieg und für die internationale Solidarität ausspricht, zu sehen ist.

Wenn ich versuche, vor dem Krieg zu warnen – und ganz nebenbei bemerkt, nicht vor irgend einem, sondern vor dem deutschen – dann liegt es mir zumeist sehr nahe, dahin zu gehen, wo es nicht weit her ist, von Krieg zu reden. Oder anders ausgedrückt, wo beim letzten großen Mal, vor nicht einmal mehr 67 Jahren eine Versechsfachung des Umsatzes durch die Herstellung von Kriegsgerät vonstatten ging. Und ab Herbst 1944 blieb den Herren von Blohm und Voss dann ein noch größerer Teil dieses Umsatzes, denn Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge aus Auschwitz und dem KZ Neugamme – 60.000 Zwangsarbeiter und 600 KZ-Häftlinge waren es – mussten bekanntlich fast nicht bezahlt werden, maximal die Bezahlung der Bewachung durch die SS und eigener Truppen, die hunderte von ihnen totschiessen oder verhungern ließen, konnte den Reingewinn am Krieg noch ein wenig schmälern.

Sollte man als Kriegsgegner das Kind nicht lieber beim Namen nennen, wenn man es ernst meint damit, mit Deutschland kein drittes Mal mehr über alles zu gehen, und feststellen, dass es nicht wir sein sollten, die hier angeklagt werden, sondern die, die heute schon wieder drauf und dran sind, ihre Umsätze durch die Kriegsproduktion zu verzehnfachen? Oder wie Bertolt Brecht einmal sagte: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

Vielleicht aber noch mal anders herum: Eigentlich ist diese Aktion bei mir schon längst als abgeschlossen abgehakt worden, denn nachdem uns der Werkschutz zum Ausgang des Geländes brachte, sicherte er uns ja zu, nichts weiter zu unternehmen, sofern wir uns ab sofort definitiv vom Werksbereich fern halten würden - was wir selbstverständlich auch taten. Erst wieder im Frühsommer diesen Jahres, als mir der Strafbefehl zukam, merkte ich, wie notwendig es ist, darüber zu berichten, was in Hamburg letzten Herbst passiert ist – und vor

allem aber nun auch darüber, was den acht, die wir waren, jetzt widerfahren war.

Und siehe da, wir bekommen recht! Wir bekommen recht dafür, weil es eben nicht nur wir sind, die es für notwendig erachten, auch mal dort ein Transparent gegen den Krieg von deutschem Boden aus zu hissen, wo man es sonst nicht gerade erwarten würde. Wir bekommen recht dafür, wenn wir nun sagen - nicht Kriegsgegner, sondern Kriegsverbrecher hinter Gitter! Es wird sich empört darüber, mit welcher Maßlosigkeit versucht wird, jugendliche Kriegsgegner abzuurteilen. Und es wird begrüßt, wenn wir sagen, dass wir es nicht so einfach hinnehmen, sondern genauso vor Gericht dafür stehen, was wir getan haben.

Ich bin stellvertretender Bezirksvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayer/Oberpfalz und leite bei den Falken in Regensburg eine Jugendgruppe im Alter von 15 bis 18 Jahren.

Der Verband in dem ich arbeite, ist zu aller erst ein politischer Erziehungsverband. Wir reden sogar vom neuen Menschen, wenn wir die Ziele unserer Erziehungsarbeit definieren. Dass diese Arbeit immer mit einer gesunden Portion Antifaschismus und Antimilitarismus beginnt, ist den meisten, die zu uns kommen, durchaus bewusst. Tritt dann einer dieser Falken auch mal in Hamburg auf einer Werft für diese Ziele ein, ist das schlicht nur das, was sie seit eh und je an den Mann zu bringen versuchen.

Und so schrieben uns die Teilnehmer des letzten Jugendzeltlagers auch eine Solidaritätsadresse.

Blohm und Voss besteht auf den Frieden, seinen Hausfrieden, der nicht von Kriegsgegnern gestört werden soll.

Ich meine: Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei. Klassenkampf statt Weltkrieg! Für die internationale Solidarität!

Man sollte wissen, dass in Hamburg Kriegsschiffe gebaut werden, man sollte wissen, dass Deutschland Krieg führt – und dass nicht erst, seit dem uns der Bundespräsident a.D., Herr Köhler erklärte, dass es hauptsächlich um wirtschaftliche Interessen geht. Und dann mag

man sich auch streiten, ob es nicht doch ein wenig weit hergeholt ist, gleich vor einem Weltkrieg zu warnen, doch lieber einmal zu viel, als einmal zu wenig gegen einen drohenden Weltkrieg auf die Straße gegangen.

Dieses Wissen weiterzutragen, war und ist meine Intention, wenn ich nach Hamburg fahre, um mich an Aktivitäten gegen den Krieg zu beteiligen.



## Einlassung von Julia Nanninga zur Anklage

Gehalten am 13.09.11 auf der Hauptverhandlung im Amtsgericht Hamburg-Harburg

Ich bin nicht hier, um unsere Aktion in Frage zu stellen oder meine Teilnahme daran zu leugnen. Im Gegenteil! Ich bin der Ansicht, dass dieses Transparent, mit genau dieser Losung: *Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei - Klassenkampf statt Weltkrieg - Für die internationale Solidarität*

eben an genau jenem Ort, dem Dock 10 der Blohm+Voss Werft richtig und notwendig war! Und ich bin der Meinung, dass wir in Anbetracht der Lage und der Tatsachen unschuldig sind. Warum?

Bertolt Brecht hat mal die interessante Frage aufgeworfen:

*„Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“<sup>1</sup>*

Nun ist ein Banküberfall im Vergleich zu Hausfriedensbruch eine krasse Sache, deswegen stellen wir hier die Frage: Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?

Denn wer hat uns denn da angezeigt, entgegen anders lautender Versprechen? ThyssenKrupp sowieso, aber auch Blohm+Voss, haben sich mehrfach des Kriegsverbrechens schuldig gemacht. Schon im 1. Weltkrieg und erst Recht im 2. Weltkrieg hat Blohm+Voss die Waffen für die deutschen Feldzüge geliefert. Im 2. Weltkrieg unter anderem 223 U-Boote für den

verbrecherischen Krieg der faschistischen Wehrmacht. Rudolf Blohm selbst war ein Nazi und hat sich für den Wechsel zur faschistischen Diktatur eingesetzt. Er hat sich an der Aufrüstung für den zweiten deutschen Völkermord bereichert.

Aber nicht nur die Produktion für diesen verbrecherischen Krieg, sondern auch die Art der Produktion war ein Verbrechen. Auf der Blohm+Voss Werft wurden Tausende Zwangsarbeiter ausgebeutet. Damit nicht genug, Blohm+Voss war auch aktiv an der Vernichtung von Menschen durch Arbeit beteiligt. Auf dem Werftgelände befand sich ein eigenes KZ-Außenlager, durch das über 500 Häftlinge, vor allem aus dem KZ Neuengamme gegangen sind. Unter den Häftlingen, die von Blohm+Voss eigens ausgesucht wurden, waren auch 14jährige Kinder. Die allermeisten Häftlinge haben ihren Einsatz bei Blohm+Voss nicht überlebt, eine 78 Stunden-Woche, die katastrophalen Lagerbedingungen und Misshandlungen haben dazu geführt, dass innerhalb von vier Monaten die Hälfte dahin war.

Diese erschreckenden Tatsachen waren für mich wichtige Beweggründe, das Antikriegs-Transparent genau an diese Werft zu hängen. Ich gehöre wohl der letzten Generation an, die die Zeitzeugen jener Zeit noch erleben durfte. Ich habe mit Überlebenden aus Auschwitz, Buchenwald und anderen Lagern gesprochen. Ihre Schilderungen und Warnungen haben sich in mein Herz eingepägt und viel zu meiner heutigen Überzeugung beigetragen. Und eines

<sup>1</sup> Die Dreigroschenoper (Druckfassung 1931), III, 9 (Mac). In: Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Erster Band: Stücke 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 1997. S. 267

habe ich mir seither geschworen: Den Krieg und Faschismus zu bekämpfen, bevor es wieder zu spät ist!

Blohm+Voss hat diese Lehre nicht gezogen, im Gegenteil: Unter Bruch des Potsdamer Abkommens lief schon 1957 wieder das erste Kriegsschiff vom Stapel, die Gorch Fock. Seit her ging es munter weiter. Heute gehört Blohm+Voss unter dem Dach von Thyssen-Krupp Marine System zu den größten Rüstungsproduzenten der Welt. Aktuell wird an einem Großauftrag der Bundeswehr zum Bau von vier Fregatten der Klasse F125 gearbeitet, der 2 Mrd. € in die Kassen dieser Rüstungsherren spülen wird. Für eine Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter war trotz solcher Summen, nichts übrig. Nicht mal für eine Gedenktafel für die zu Tode gearbeiteten KZ-Häftlinge war Geld da. Statt Reue zeigt Blohm+Voss stolz seine Erfolge bei der Mitwirkung am verbrecherischen Krieg der Wehrmacht vor. In der Festschrift zum 125jährigen Jubiläum heißt es:

*„Etliche [...] der bekannt gewordenen U-Boot-Kommandanten, erringen ihre Erfolge auf von Blohm+Voss gebauten `VII C`-Booten.“*

Juristisch ausgedrückt würde ich sagen: Wiederholungstäter ohne Schuldbewusstsein. Nur leider wurde den Herren Blohm nie wirklich der Prozess gemacht. Nur einmal standen sie vor dem britischen Militärgericht, allerdings nicht wegen der Aufrüstung des faschistischen Deutschlands, der Ausbeutung von Zwangsarbeitern oder dem Mord an KZ-Häftlingen, sondern wegen Behinderung der Demontage. Herr Rudolf Blohm wurde dafür z.B. zu 5000 Mark Strafe verurteilt, also umgerechnet 2500€ und damit nicht mal die Hälfte dessen, was wir wegen einem Transparent an seiner Werft zahlen sollen.

Nicht wir, sondern die Herren von Blohm+Voss müssten hier vor Gericht stehen.

Und mit dieser Ansicht stehe ich nicht allein da. Wie ich bei meiner Vorstellung bereits erwähnt hatte, bin ich IGM-Vertrauensfrau und Betriebsrat bei Mercedes, Werk Bremen. Dieser Prozess hier ist auch dort unter den Kollegen ein Thema geworden und, die Vollversammlung aller gewerkschaftlichen Vertrauensleute des Werkes hat sich mit uns per Beschluss solidarisch erklärt. Die Vollversammlung ist das

höchste Organ der 8500 IGM Mitglieder im Werk. Gerade auch die Gewerkschaften mussten nach 1945 die bittere Lehre ziehen, dass Krieg und Faschismus nicht durch Zurückhaltung und gute Argumente aufzuhalten sind.

Uns ist bewusst, dass die ökonomische Situation heute, der von vor 1933 nicht unähnlich ist. Und das hat viel damit zu tun, dass wir unser Transparent gegen den Krieg in der Hochphase der Weltwirtschaftskrise aufgehängt haben. Denn zwei Weltkriegen ging jeweils eine Wirtschaftskrise mit weltweitem Ausmaß voraus. Das macht die Kriegsgefahr heute so groß, nämlich die Tatsache, dass die Staaten ihre wirtschaftlichen Konflikte nicht mehr mit friedlichen Mitteln lösen können. Die sogenannte Euro-Krise ist ein Beispiel, sie kostet Staaten wie Griechenland schon jetzt die Souveränität. So schreibt z.B. die britische Daily Mail über eine mögliche Finanzunion: *„Das würde einen Verlust an Souveränität mit sich bringen, den solche Länder noch nicht erlebt haben, seit viele von ihnen vor 70 Jahren unter dem Stiefel des Dritten Reichs lagen.“*<sup>2</sup>

Und dieser Art Verlust an Souveränität würde nicht friedlich über die Bühne gehen. Aber die Vorbereitung auf einen Krieg größeren Ausmaßes ist schon lange keine theoretische Frage mehr. Der Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee ist z.B. ein ganz praktischer Schritt in diese Richtung, auch die Aufrüstung, z.B. mit den Fregatten von Blohm+Voss. Das all dies nicht zum Zwecke der Verteidigung geschieht, wird auch von offizieller Seite nicht geleugnet. Schöne Umschreibungen, wie *präventives Eingreifen bei Konflikten, auch mit militärischen Mitteln* sollten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass hier in aller Öffentlichkeit Angriffskriege vorbereitet werden. Das ist verboten! Es ist die Pflicht jedes Bürgers, dagegen aufzustehen. Mit unserer Aktion sind wir auch dieser Pflicht nachgekommen.

Und das Einzige, was wir dabei vielleicht gebrochen haben, ist das Schweigen über so viele Untaten.

---

<sup>2</sup> Daily Mail online, 17.08.11, „Der Aufstieg des Vierten Reichs. Wie Deutschland die Finanzkrise nutzt, Europa zu erobern“

## Presseerklärung des Jugendaktionsausschuss

### Erfolg für Kriegsgegner gegen Blohm+Voss Solidarität mit Angeklagten vertreibt Richter

**Amtsgericht Hamburg-Harburg, 13.09.11** - Je 750€ Strafe oder 30 Tage Gefängnis sollten acht junge Antifaschisten bekommen, weil sie am 23.10.10 auf dem Dock 10 der Hamburger Blohm+Voss-Werft das Transparent:

*„Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei - Klassenkampf statt Weltkrieg - Für die internationale Solidarität“*

herunterließen. Sie wurden angezeigt wegen Hausfriedensbruch vom Kriegsverbrecher Blohm+Voss. Dagegen legten sie Widerspruch ein.

Gestern fand im Amtsgericht Harburg der Prozess gegen drei der acht Antifaschisten und Kriegsgegner statt. In ihren Stellungnahmen machten die Angeklagten deutlich, dass nicht sie sondern der Kriegsverbrecher Blohm+Voss hinter Gitter gehört, dies wurden mit Applaus vom anwesenden Publikum (ca. 45 Leute) begrüßt. Dieser wurde vom Richter untersagt. Nach dem zweiten Applaus veranlasste er die Räumung des Gerichtssaals, welchen er posthum auch selbst verließ.

Nach 45 Minuten war die vom Richter zur Räumung angeforderte Bereitschaftspolizei aus Alsterdorf angerückt und der Gerichtssaal umstellt.

Die Zuschauer ließen sich davon nicht einschüchtern, blieben sitzen und beharrten weiter darauf, dass politische Prozesse nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden dürfen. Der Richter war entmachtet, ein kleines Stück bürgerliches Recht zurückerkämpft.

In Anerkennung seiner Niederlage bot der Richter die Einstellung des Verfahrens gegen eine symbolische Zahlung von jeweils hundert Euro an eine gemeinnützige Organisation an.

Das Angebot wurde von allen Versammelten mit Applaus angenommen.

Die Kampagne „Kriegsverbrecher Blohm+Voss hinter Gitter! Kommt zum Prozess seiner Gegner!“ ist damit nicht beendet. Wir haben noch Verhandlungen vor uns, und die deutsche Rüstungsindustrie noch nicht beseitigt.

Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik

## Pressespiegel vom Prozess am 13.09.11

### Hamburger Abendblatt

Amtsgericht Harburg

#### Linke stören Verhandlung - Richter will Saal räumen lassen

13.09.2011, Hamburger Abendblatt

Hamburg. Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Werftgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder –

woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein. (dpa)



Regional – Hamburg

#### Polizeieinsatz nach Störung im Gerichtssaal

Zuschauer eines Prozesses haben am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau

mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Wertgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die Zuschauer nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der Richter den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren ein. | 13.09.2011 13:41

## harburg-aktuell.de

### Krawall im Amtsgericht Harburg: Verhandlung unterbrochen

Dienstag, den 13. September 2011



**Harburg** – Krach im Amtsgericht an der Buxtehuder Straße. Vor einer Verhandlung gegen einen Aktivisten aus der linken Szene, demon-

strierten rund 40 Sympathisanten vor dem Gebäude. Nach der angemeldeten

Aktion zogen rund 35 Personen in den Gerichtssaal. Dort störten sie die Verhandlung durch Zwischenrufe so stark, dass sie vom Richter unterbrochen und die Störer des Saals verwiesen wurden.

Dem Verweis kamen die jedoch nicht nach und der Richter forderte Polizei an. Diese schickte einen ganzen Zug Bereitschaftspolizei. Bei dessen Eintreffen hatte sich die Situation bereits entschärft. Die Störer hatten den Saal freiwillig verlassen.

Dazu beigetragen haben dürfte auch das „Urteil“ gegen den Mann, der sich im März bei **Blohm + Voss** mit zwei anderen Aktivisten abseilte um gegen den Bau von Kriegsschiffen zu demonstrieren. Der Richter hatte das Verfahren wegen Hausfriedensbruch gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Zv



### HAMBURG DIE WOCHE IN BILDERN

14.09.2011



Ein Pärchen hatte bei Blohm & Voss ein Protestplakat aufgehängt, stand Dienstag wegen Hausfriedensbruch vor Gericht. Links-Aktivisten lösten durch ein Plakat und Beifall im Prozess einen Polizeieinsatz aus. Foto: dpa



Norddeutschland

### Polizeieinsatz nach Störungen im Gerichtssaal

**Zwei junge Männer und eine Frau** mussten sich gestern wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Wertgelände von Blohm+Voss angebracht haben. dpa

HAMBURG. Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer gestern im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Wertgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der

Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, sorgten für Ruhe und nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.



## Polizeieinsatz nach Störungen im Gerichtssaal

Dienstag, 13. September 2011

Hamburg (dpa/Ino) - Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Werftgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.



### In aller Kürze: 14.09.2011

**Polizeieinsatz ausgelöst** haben linksgerichtete Zuschauer durch wiederholten Beifall im Amtsgericht Harburg. Dort hatten sich zwei junge Männer und eine Frau wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Werftgelände von Blohm + Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten rund 35 Zuschauer immer wieder Beifall. Daraufhin wollte der Vorsitzende den Saal räumen lassen. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, der Richter zog seine Anordnung jedoch nach rund einer Stunde zurück. Das Verfahren gegen die drei Angeklagten wurde eingestellt.

segeberger-zeitung.de

## Zuschauer applaudierten in Hamburg

### Polizei stürmt Gerichtssaal

**Hamburg — Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst.**

Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Werftgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder — woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.



Bereitschaftspolizisten und Prozessbesucher stehen am Dienstag (13.09.2011) vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg. Foto: dpa



Bereitschaftspolizisten gehen am Dienstag (13.09.2011) eine Treppe im Amtsgericht Hamburg-Harburg hinunter. Foto: dpa



Ein Transparent, das auf einen Prozess wegen Hausfriedensbruchs hinweist, hängt am Dienstag (13.09.2011) vor dem Amtsgericht Hamburg. Foto: dpa

Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Wertgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.

**Lübecker Nachrichten**  
[www.LN-online.de](http://www.LN-online.de)

### **Polizeieinsatz nach Störungen im Gerichtssaal**

Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Wertgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.



### **Polizeieinsatz nach Störungen im Gerichtssaal**

Hamburg (dpa/Ino) - Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Wertgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.

**WELT ONLINE**

13.09.11

### **Polizeieinsatz nach Störungen im Gerichtssaal**

Hamburg (dpa/Ino) - Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-

# Neues Deutschland

Susann Witt-Stahl, Hamburg 14.09.2011 / Inland

## Antimilitaristen stehen vor Gericht – und klagen selbst an

**Ein Prozess in Hamburg wegen Hausfriedensbruchs wird gegen Geldzahlungen eingestellt / Beifall für Erklärungen der Angeklagten**

Angeklagte Kriegsgegner verwandeln ihr Gerichtsverfahren in Hamburg wegen Hausfriedensbruchs in ein Tribunal gegen das Rüstungsunternehmen Blohm + Voss.



Verkehrte Verhältnisse herrschten gestern im Amtsgericht Hamburg-Harburg. Drei angeklagte Friedensaktivisten klagten an: »Wir werden den Prozess führen gegen die Kriegstreiber von gestern und heute! Und vor allem dagegen, dass sie schon wieder den Antimilitarismus, der so sehr ihren Interessen widerspricht, verbieten wollen.«

Die Vorgeschichte: Am 23. Oktober vergangenen Jahres hatten acht Teilnehmer des gleichzeitig in Hamburg stattfindenden »IV. Jugendaktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik« den mit Stacheldraht gesicherten Zaun um das Gelände der Hamburger Werft Blohm + Voss überwunden. Sie marschierten zu Dock 10 und ließen an der Wasserseite ein Transparent mit der Aufschrift »Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei. Klassenkampf statt Weltkrieg. Für die internationale Solidarität« herunter. »Das hing dort 20 Minuten, bis ein etwas verwirrter Werkschutz uns fragte, was wir denn hier machen und uns dann bat, doch zu gehen, was wir auch taten«, berichtet eine der Friedensaktivisten.

Neun Monate später sind ihr und ihren sieben Genossen dann Strafbefehle wegen Hausfriedensbruch in Höhe von insgesamt 6500 Euro zugestellt

worden. Die Betroffenen legten Widerspruch ein, drehten den Spieß um und verwandelten das Verfahren in ein Tribunal gegen das 1877 gegründete Rüstungsunternehmen Blohm + Voss.

Die in Hamburg-Steinwerder am südlichen Ufer der Nordelbe gelegene Werft gilt seit ihrer Gründung 1877 als eine der bedeutendsten Kriegswaffenschmieden Deutschlands. Während des Zweiten Weltkrieges wurden dort – um die vom NS-Regime geforderte Steigerung der Produktionsleistungen vor allem im U-Boot-Bau zu erreichen – Zehntausende von KZ-Häftlingen und anderen Gefangenen zur Arbeit gezwungen. Heute liefert das zum ThyssenKrupp-Konzern gehörende Unternehmen Fregatten, Korvetten und U-Boote nicht nur an die Deutsche Marine, sondern auch an andere NATO-Länder und Israel. »Demnächst werden vielleicht israelische und türkische Kriegsschiffe gegeneinander in Stellung gebracht – sie kommen auf beiden Seiten aus demselben deutschen Konzern«, erklärt der Hamburger Bundestagsabgeordnete der LINKEN Jan van Aken.

Die Verhandlung gegen drei der acht Angeklagten – der Prozess gegen die anderen fünf folgt noch – verlief für die Staatsanwaltschaft dann auch anders als erwartet: Nach Prozessoröffnung verlas der erste Angeklagte eine Erklärung, die das rund 40-köpfige Publikum mit heftigem Applaus bedachte. Der Richter drohte daraufhin, den Saal im Wiederholungsfall räumen zu lassen. Als auch der zweite Angeklagte Beifallsbekundung für seine Stellungnahme erntete, verließ der Vorsitzende den Saal und forderte Kräfte der Bereitschaftspolizei an, die das Gebäude umstellten. Nachdem sich die Anwesenden weiterhin geweigert hatten, den Saal zu räumen, fuhr der Richter fort. Er machte das Angebot, das Verfahren gegen Zahlung von 100 Euro pro Angeklagten einzustellen. Es wurde angenommen.

»Für uns war der Prozess ein Erfolg«, sagt Jan Haas, einer der Angeklagten, Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands – die Falken gegenüber ND. »Wir haben deutlich gemacht, dass nicht Kriegsgegner, sondern Kriegsverbrecher hinter Gitter gehören.« Der Plan des Gerichtes, die Friedensaktivisten »im stillen Kämmerlein« abzuurteilen, sei nicht aufgegangen. »Es wurde versucht, den Prozess zu entpolitisieren. Dank der Reaktion der Öffentlichkeit ist das gründlich misslungen«, ergänzt eine Genossin, die ihren Prozess noch vor sich hat.

## Polizeieinsatz nach Störungen im Gerichtssaal

### Polizeieinsatz nach Störungen im Gerichtssaal

Hamburg (dpa/Ino) - Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Werftgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.



### Zuschauer applaudierten in Hamburg Polizei stürmt Gerichtssaal

Hamburg — Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Werftgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder — woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.

Hamburg (dpa/Ino) - Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer am Dienstag im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Werftgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, doch nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.



### Hamburg

### Saalräumung im Gericht

Das gibt es nicht alle Tage am Amtsgericht Harburg: Gestern hat ein Richter während einer Verhandlung die Polizei rufen lassen, weil er 35 Demonstranten aus seinem Gerichtssaal entfernen lassen wollte. Harburg. Die Gruppe hatte zuvor vor dem Gerichtsgebäude an der Buxtehuder Straße eine Versammlung abgehalten und war wenig später in den Saal gegangen, wo sie die Verhandlung immer wieder störte. Anlass zu dieser Aktion war die Anklage gegen zwei junge Männer und eine Frau, die sich im Oktober 2010 unerlaubt Zutritt zum Gelände der Werft Blohm+Voss verschafft und dort ein Protestplakat mit linkem Hintergrund aufgehängt hatten. Sie mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten. Auch die linksgerichteten Sympathisanten der Angeklagten brachten ein Plakat zu ihrer Demo mit: "Kriegsverbrecher Blohm+Voss hinter Gitter" prangte darauf.

Als die Verhandlung begann, machten sich die 35 Demonstranten auf den Weg in den Gerichtssaal. Dort applaudierten sie laut bei jeder Bemerkung der Angeklagten und ließen sich auch nach mehrmaliger Aufforderung des Richters nicht des Saals verweisen. Weil auch die Gerichtsdienner gegen eine so große Gruppe nichts ausrichten konnten, blieb dem Richter schließlich nur der Anruf bei der Polizei.

Diese rückte mit vier Mannschaftswagen an, wurde am Ende aber gar nicht gebraucht: Der Richter hatte inzwischen das Verfahren gegen die Angeklagten eingestellt unter der Auflage, dass sie eine Geldbuße zahlen. Damit gaben sich auch die Ruhestörer zufrieden und verließen das Gericht.

Julia Heitmann

Folgende Zeitungen druckten folgenden Artikel



## Polizeieinsatz nach Störungen im Gerichtssaal

HAMBURG. Durch wiederholten Beifall für Aussagen der Angeklagten haben linksgerichtete Zuschauer gestern im Amtsgericht Hamburg-Harburg einen Polizeieinsatz ausgelöst. Zwei junge Männer und eine Frau mussten sich wegen Hausfriedensbruchs verantworten, weil sie im Oktober 2010 ein Protestplakat am Wertgelände von Blohm+Voss angebracht haben. Während der Verhandlung klatschten die rund 35 Zuschauer, trotz Ermahnungen des Richters, nach den Erklärungen der Angeklagten immer wieder - woraufhin der Vorsitzende den Saal räumen lassen wollte. Vier Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei rückten an, sorgten für Ruhe und nach rund einer Stunde zog der Richter seine Anordnung zurück und stellte das Verfahren gegen die drei Angeklagten ein.

## Solidaritätsadressen

Stand 22.09.11

**Sozialistische Jugend Deutschlands  
Die Falken, Kreisverband Bonn**



Solidarität mit den Angeklagten!

Weil ihr beim Rüstungsproduzenten Blohm und Voss ein Transparent "Gegen Krise, Krieg und Barbarei - Klassenkampf statt Weltkrieg - Für die internationale Solidarität" aufgehängt, werdet ihr angeklagt. Doch gerade solche Aktionen, sind es, die der Kampf gegen den Krieg braucht. Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden. (Bertolt Brecht).

Als antimilitaristischer Kinder- und Jugendverband stehen wir daher hinter euch. Nicht ihr gehört auf die Anklagebank, sondern Blohm und Voss und der deutsche Militarismus!

**IG Metall Delegiertenversammlung  
Bremen und Bremerhaven**



Die Delegiertenversammlung der IG Metall Bremen und Bremerhaven erklärt sich mit den, wegen der Antikriegsaktion auf der Blohm+Voss Werft in Hamburg Angeklagten solidarisch. Die IG Metall tritt für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung ein und in diesem Sinne sind die Delegierten gegen die unverhältnismäßige Abstrafung der jungen KriegsgegnerInnen, die mit ihrer ungewöhnlichen Aktion gegen den Krieg aufbegehrt haben.

**Brecht Jugend-Projekt  
„Mutter Courage und Ihre Kinder“**

Solidaritätserklärung für die angeklagten Aktivisten des Blohm+ Voss Prozess

Wir, die Spielerinnen und Spieler des Brecht Jugend-Projektes versuchen zurzeit das Theater-

stück „Mutter Courage und ihre Kinder“ von Bertolt Brecht zu inszenieren. In dem Stück reist Mutter Courage mit ihren Kindern und ihrem Marketenderwagen dem Krieg hinterher, um so den größten Profit herauschlagen zu können. Durch diese Profitsucht der Mutter stirbt ein Kind nach dem anderen. Die Courage lernt allerdings nichts aus dem Tod ihrer Kinder und zieht weiter mit dem Krieg.

Wir sind der Meinung das dieses Stück kein bisschen an Aktualität verloren hat. Auch heute, oder soll man sagen gerade heute, erkennt man wie wenig die deutsche Gesellschaft aus der Geschichte zweier Weltkriege gelernt hat. Denn die deutsche Gesellschaft lässt ein System zu und profitiert daran, in dem dieselben deutschen Firmen und Konzerne Kriegswaffen seit 172 Jahren herstellen.

Wir sind absolut gegen die Herstellung von Tötungsmaschinen jeglicher Art, die zur Unterdrückung anderer Völker und zur Verbreitung des deutschen Imperialismus produziert und genutzt werden.

Wir unterstützen aus diesem Grund junge und mutige Menschen, die es fertig gebracht haben, ein Transparent am Dock 10 des Rüstungskonzerns Blohm+Voss zu befestigen mit der Losung: „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei - Klassenkampf statt Weltkrieg - Für die internationale Solidarität“. Diese jungen Antifaschisten sind nun von einer Strafe von 6500€ oder 260 Tage Gefängnis bedroht, obwohl sie sich nur gegen eine Zukunft wehren, in der die Jugend Kanonfutter des deutschen Imperialismus wird.

Wir versuchen mit dem Stück „Mutter Courage und ihre Kinder“ genau diese Losung des Transparentes an die Zuschauer zu vermitteln und deshalb sprechen wir unsere vollste Solidarität mit den Angeklagten aus.

Kämpferische Grüße, Euer Brecht Jugend-Projekt „Mutter Courage und Ihre Kinder“  
Bremen, den 2. September 2011 (Unterschriften der Mitwirkenden)

**IGM-Vertrauenskörper  
Jungheinrich Norderstedt**



**VK-Jungheinrich**

Am 23.10. 2010. war die Werft Blohm & Voss eine würdige Kulisse für ein Anliegen, das uns alle interessieren muss:

Mit einem 10 mal 10 m Transparent und der Losung:

„Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei - Klassenkampf statt Weltkrieg - Für die internationale Solidarität!“

haben 8 Antifaschisten und Kriegsgegner auf dem Dock 10 im Hamburger Hafen die Meinungsfreiheit genutzt und gegen den Krieg protestiert.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall diesen Kampf zu führen. Wir als Gewerkschafter, Vertrauensleute bei Jungheinrich Norderstedt, begrüßen euren Kampf gegen die Militarisierung, gegen den Umbau des Staates nach Innen.

Mit der Aktion auf dem Dock habt ihr ein Zeichen dafür gesetzt.

Wir sprechen euch unsere Solidarität zum Prozess gegen die Rüstungsproduzenten und Kriegstreiber aus, welche euch mit der Anklage zum Schweigen bringen wollen.

Die Kriegstreiber und nicht Kriegsgegner gehören auf die Anklagebank!

Norderstedt, den 13.09.2011

**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes  
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten,  
Landesvereinigung Bremen e.V.**



An die Teilnehmer der antimilitaristischen  
Aktion im Hamburger Hafen, Dock 10, Blohm+Voss

Liebe Freunde,

---

Ihr habt Euch für eine antimilitaristische Aktion in Hamburg mit Blohm+Voss einen geeigneten Ort ausgesucht, denn ein wesentliches Geschäftsfeld der Werft ist die Herstellung von Kriegsgerät. Mit dem Transparent: „*Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei - Klassenkampf statt Weltkrieg - Für die internationale Solidarität!*“ an Dock 10 habt Ihr es auf den Punkt gebracht.

Zwei Weltkriege haben der Werft im Lauf ihrer Geschichte aus wirtschaftlichen Flauten geholfen: „Während des Ersten Weltkrieges (1914-1918) liefert die Werft 96 U-Boote, sechs Zerstörer und einen Kleinen Kreuzer ab.“ (...) „Bis Ende des Zweiten Weltkrieges (1939-1945) werden 238 U-Boote fertig gestellt und wird mit dem Bau von 17 weiterer U-Boote begonnen. Ab 1942 werden auch U-Schnellboote gebaut.“ (aus dem Internet-Auftritt von Blohm+Voss) Um im Zweiten Weltkrieg den enormen Bedarf der Reichswehr an Kriegsschiffen

zu decken, setzte Blohm+Voss in großem Umfang KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter ein, hatte gar ein eigenes Lager mit 600 sowjetischen Zwangsarbeitern direkt auf dem Werftgelände sowie eine Außenstelle des KZ Neuengamme mit 500 Häftlingen, von denen die meisten die Werft tot verließen.

Heute ist Blohm+Voss Teil der ThyssenKrupp Marine Systems, auf deren Werften zwischen 1980 und 2008 über 160 Überwasser-Marineschiffe gebaut wurden. Darunter Fregatten vom Typ „Sachsen“, die der ehemalige Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Wolfgang Nolting, als »eines der modernsten und durchsetzungsfähigsten Seekriegsmittel der Welt« (Soldat und Technik, Dezember 2004). Anfang Mai 2011 begann laut NDR bei Blohm+Voss der Bau der ersten von weiteren vier Fregatten für die Bundeswehr.

Ihr seid nun beschuldigt, gemeinsam auf das eingefriedete Werftgelände eingedrungen zu sein, also einen Hausfrieden gebrochen zu haben. Allerdings mutet dieser juristische Begriff im Zusammenhang mit dieser Firma merkwürdig an.

Wir sprechen Euch unsere Solidarität aus. Kein Frieden für die Hersteller von Kriegsgerät!

Mit antifaschistischen Grüßen!

Bremen, den 07. September 2011

**Teilnehmer des Jugendzeltlagers 2011 der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz**



Kriegsverbrecher in den Knast!

Die Teilnehmer des Jugendzeltlagers 2011 der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz solidarisiert sich mit den 8 jugendlichen Antifaschisten in ihrem Kampf gegen deutsche Kriegstreiber wie Blohm und Voss.

Ja, es ist richtig, sich mit der Losung „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei - Klassenkampf statt Weltkrieg - Für die internationale Solidarität!“ auf einer Werft von Blohm und Voss gegen die Kriegsgefahr von deutschem Boden aus zu wenden. Ein Konzern, der gemeinsam mit den Nazis an der Ausplünderung halb Europas und an der Ermordung weiter Teile seiner Bevölkerung profitierte, der Zwangsarbeiter ausbeutete und der auch heute wieder durch Kriegsproduktion sein Geld verdient, klagt Antifaschisten an – in was für einer Welt leben wir eigentlich?

Mehr denn je scheint es heute notwendig, das Verhältnis zwischen Klägern und Angeklagten, zwischen Kriegsprofiteuren und Kriegsgegnern richtig zu stellen! Dazu braucht es Aktionen wie diese – mehr davon!

Mit antifaschistischen Grüßen, Freundschaft, die Teilnehmer des Zeltlagers!

**IG Metall Vertrauenskörper Mercedes-Benz Bremen**



Die IG Metall Vertrauensleute bei Mercedes Werk Bremen erklärt sich mit den, wegen der Antikriegsaktion auf der Blohm+Voss Werft in Hamburg Angeklagten solidarisch. Die IG Metall tritt für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung ein und in diesem Sinne sind wir gegen die unverhältnismäßige Abstrafung der jungen Kriegsgegner, die mit ihrer ungewöhnlichen Aktion gegen den Krieg aufgebeht haben.

**Mitgliederversammlung der DKP Kreisorganisation Regensburg**



An die Angeklagten im Blohm+Voss Prozess

---

Mit Eurer Aktion bei Blohm+Voss habt Ihr deutlich gemacht, dass Kriege geführt werden, solange davon profitiert wird. Wenigstens für kurze Zeit stand Eure Hoffnung für eine Zukunft ohne Krise, Krieg und Barbarei deutlich an entscheidender Stelle zu lesen. Wir hoffen, dass es Euch bei Eurem Prozess gelingen wird, dieses Anliegen einer noch größeren Öffentlichkeit zu vermitteln.

Mit solidarischen Grüßen!

**Bezirksvorstand der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken Bezirk Niederbayern/Oberpfalz**



Liebe Aktivisten gegen den Krieg,

es steht außer Frage, dass wir in einer Zeit vermehrter Kriegseinsätze der deutschen Armee leben, in einer Zeit von Bundeswehreinmärschen im Inland, der verstärkten Militarisierung der Jugend, der immer offeneren Aushöhlung des Völkerrechts und der Massenverarmung während u.a. die Stahl- und Rüstungskapitalisten sich einen goldenen Arsch verdienen. Es ist nicht schwer, zu erkennen, in

wessen Interesse sich der deutsche Staat in der Rüstungsfrage positioniert und was deutsche Waffen in der Welt anrichten.

Weil die Kriegstreiber und Kriegsgewinnler nicht vom deutschen Staat angeklagt werden, müssen andere dies tun. Dass dabei die Gesetze nicht für die lernende und werktätige Jugend geschaffen wurden, ist keine neue Erkenntnis und dass wir immer dann vor Gericht gezerrt werden, wenn wir unbequem sind, auch nicht.

Umso notwendiger ist es, die Kriegstreiber und Rüstungskonzerne öffentlich zu benennen. Umso notwendiger sind Aktionen gegen den Krieg und ist die Solidarität unter Antimilitaristen.

In diesem Sinne wünschen wir euch einen erfolgreichen Prozessverlauf!

#### Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei, Bezirk Hamburg



Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg findet der im Betreff angegebene Prozess gegen Eure acht jungen Antifaschisten und Kriegsgegner statt. Ihnen wird von der kapitalistischen Justiz vorgeworfen, "gemeinschaftlich widerrechtlich in das befriedete Besitztum eines anderen eingedrungen zu sein". Das befriedete Besitztum ist die Kriegswerft Blohm+Voss, auf der im Auftrag des deutschen Großkapitals Mordwerkzeuge hergestellt werden, die der weltweiten imperialistischen Unterdrückung dienen. Dies ist an Zynismus kaum zu überbieten. Wieder einmal stehen Kriegsgegner und Antifaschisten als Angeklagte vor einem deutschen Gericht.

Für Euren Kampf gegen Faschismus und Krieg und für den Prozess sprechen die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei, Bezirk Hamburg, Euch unsere volle Solidarität zu.

Es gibt viele Arten zu töten,  
Man kann einem ein Messer in den Bauch stecken,  
einem das Brot entziehen,  
einen von einer Krankheit nicht heilen,  
einen in eine schlechte Wohnung schicken,  
einen durch Arbeit zu Tode schinden,  
einen zum Selbstmord treiben,  
einen in den Krieg führen usw.  
Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.  
(Bertolt Brecht)

#### Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Hamburg



Aktion des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik

18. September 2011

Vor wenigen Wochen erfuhr die SDAJ-Hamburg von einer antimilitaristischen und antifaschistischen Aktion des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik. Den Genossen ist es gelungen, auf das Werftgelände von Blohm und Voss einzudringen und auf der Wasserseite des Docks ein gut sichtbares Transpi zu entrollen.

[...]

Die SDAJ-Hamburg erklärt sich solidarisch mit der Aktion der Genossen!

Wir protestieren gegen die Kriminalisierung von Antimilitaristen und Antifaschisten!!!

Heute wie damals gilt: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

#### Karl Heinz Roth (Historiker)

Lieber Michael,

Ich unterstützte Ihr Anliegen uneingeschränkt und erkläre mich solidarisch.

Ich kannte einige linke Blohm & Voß- Arbeiter, die meine Patienten in unserer Praxis in St. Pauli waren, aber ich weiß nicht, ob sie noch am Leben sind. Macht es darüber hinaus noch Sinn, Kontakte zu Kennern der Rüstungsgeschichte von B & V herzustellen? Gibt es weitere Verhandlungstermine?

Mit solidarischen Grüßen,  
Karl Heinz Roth

#### Chemnitzer Bürger, darunter Harry Albrecht

Wir protestieren!

In Hamburg sollen 8 junge Menschen mit Geld bzw. Haftstrafen belegt werden. Sie haben sich gegen Krieg – Todeslieferanten – und Rüstungsgewinnler gestellt.

Auf der Werft von Blohm und Voss brachten sie ein Plakat mit den Worten an:

*Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei  
Klassenkampf statt Weltkrieg*

*Für die internationale Solidarität!*

Ihre Schuld – sie seien widerrechtlich in ein „befriedetes“ Besitztum eingedrungen.

*Befriedet* und das bei Blohm und Voss. Schon den Kaiser belieferten sie mit Kriegsschiffen. Für den Nazi-Krieg bauten sie u.a. 238 U-Boote. Dazu beuteten sie 10 tausende Zwangsarbeiter und hunderte Häftlinge aus dem KZ-Neuengamme aus.

Auch gegenwärtig werden U-Boote also, furchtbare Kriegsmaschinen für die Türkei – Portugal und die deutsche Kriegsmarine produziert.

Wenn junge Menschen ihre Ablehnung von Krieg und Rüstungsproduktion Ausdruck verleihen, so waren sie bei B u V an der richtigen Adresse.

Unsere Achtung und Unterstützung gilt den 8 mutigen Antifaschisten und Kriegsgegnern.

An die Hamburger Bürgerschaft richten wir den Appell – duldet keine Bestrafung für Menschen die mutig gegen Rüstungsgewinnler eintreten.

Jugend braucht Frieden, so wie wir alle auch und keine Kriegsmaschinen.

*Chemisches Bürger*  
Kary Abrecht  
Dietrich Sijpe  
Lieske  
Peter Voss  
Rolf  
Wolfgang  
Klaus  
Ulrich  
Hans  
Edmund Ullrich

### Bundes-SJ-Rings der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken



#### Solidaritäts-Erklärung

Vor ein Gericht kommt, wer eines Verbrechens beschuldigt wird. In der BRD gilt das nicht für alle. Hier kommt nicht vor Gericht, wer einen Krieg vorbereitet, salonfähig macht und seine Millionen daran verdient. Es kommen nicht vor Gericht, die führenden PolitikerInnen, die die Wirtschaftsinteressen der BRD mit kriegerischen Mitteln verteidigen wollen. Es kommen nicht vor Gericht, die ProduzentInnen und VermittlerInnen, die z.B. an Panzerverkäufen nach Saudi-Arabien verdienen. Es kommt nicht vor Gericht, wer zwar immerzu von Abrüstung spricht, in Wirklichkeit aber Aufrüstung im großen Stile betreibt. Die Bundeswehr kann ungestraft vor aller Augen SoldatInnen in Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten rekrutieren und schreckt

inzwischen nicht mal mehr davor zurück, schon Kinder an den Umgang mit Waffen zu gewöhnen.

Wer aber vor Gericht gestellt wird, sind acht jugendliche KriegsgegnerInnen, die auf einer Werft von Blohm&Voss gegen die deutschen KriegstreiberInnen und für internationale Solidarität auftreten.

Das ist für uns als sozialistischer Kinder- und Jugendverband nicht hinnehmbar. Denn wie es in der Dreigroschenoper von Bertolt Brecht schon heißt: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“

Im Sinne der internationalen Solidarität und unserer antimilitaristischen Tradition unterstützen wir daher euren Kampf!

Bundes-SJ-Ring der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken\*

\*Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken ist sowohl ein Kinder-, als auch ein Jugendverband, im SJ-Ring sind die Jugendlichen ab ca. 14 Jahre organisiert. Der Bundes-SJ-Ring ist ein Arbeitsgremium innerhalb des Bundesvorstandes der SJD – Die Falken, das sich in erster Linie mit Fragen den Jugendbereich des Verbandes betreffend beschäftigt.

### Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Regensburg



Liebe Kriegsgegner und Antifaschisten des Jugendkongress – Notstand der Republik,

Eure Plakat-Aktion "Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei – Klassenkampf statt Weltkrieg – Für die Internationale Solidarität" verstehen wir als eine mutige Kundgebung und Warnung am historischen Tatort. Der Einsatz von NS-Zwangs- und Sklavenarbeit wurde vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg verurteilt. Dieses Verbrechen zu thematisieren ist immer noch höchst notwendig. Wir sehen auch, dass die Militarisierung viele Bereiche der Gesellschaft, insbesondere auch Schulen und Hochschulen erfasst hat. Bundeswehreinmärsche in aller Welt lehnen wir ab. Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!

Eurem Widerspruch vor Gericht wünschen wir viel Erfolg!

Luise Gutmann, Kreisvorsitzende  
Regensburg, 13.09.2011

## MATERIAL zum Notstand der Republik

### Vom JAA herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3.11.07

Preis je Broschüre: 2,00€. Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: [Info@Jugendkongress-NdR.de](mailto:Info@Jugendkongress-NdR.de)

Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, sowie alle bisher erschienen Infobriefe befinden sich auf der Homepage ([www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de](http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)) und können von dort aus auch bestellt werden.



## ANHANG

Flugblatt des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zum Prozess

Prozesseinladung:

# Blohm+Voss Prozess

Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik



www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de



Mail: Info@Jugendkongress-NdR.de

Sie werden beschuldigt,

in Hamburg  
am 23.10.2010

gemeinschaftlich widerrechtlich in das  
befriedete Besitztum eines anderen eingedrungen  
zu sein,

indem Sie

im bewussten und gewollten Zusammenwirken auf-  
grund eines gemeinsamen Tatplanes mit den geson-  
dert Verfolgten [...] auf das Werftgelände der  
Firma Blohm+Voss Repair GmbH, Hermann-Blohm-  
Straße 2, das landseitig durch einen 2,5 Meter  
hohen Metallzaun mit Übersteigenschutz (Y-Stachel-  
draht) eingefriedet ist, auf unbekannte Art  
eindringen, sich sodann zum Dock 10 begaben und  
an der Wasserseite des Docks ein Banner mit der  
Aufschrift:

*„Unsere Zukunft ist nicht  
Krise, Krieg und Barbarei  
Klassenkampf  
statt Weltkrieg  
Für die internationale  
Solidarität“*

befestigten.

Strafe für alle Beteiligten:

**Rund 6500 €, oder 260 Tage Gefängnis.**

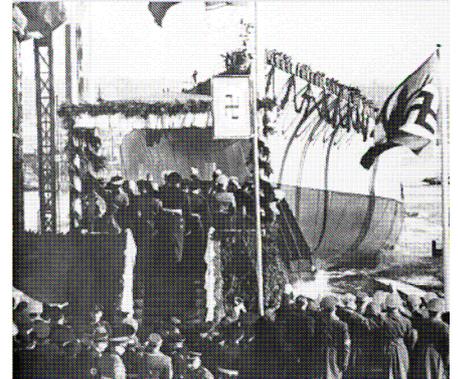
So sieht die Anklage aus für acht junge Antifaschisten und  
Kriegsgegner, die sich *erdreistet* haben, ihre Kriegsgegnerschaft  
dort zu propagieren, wo mit dem Krieg Profit gemacht wird.  
Blohm+Voss besteht auf den Frieden, seinen Hausfrieden, der  
nicht von Kriegsgegnern gestört werden soll.

Seit 1877 gibt es die Blohm+Voss Werft im Hamburger Hafen.  
Sie hat sich nie mit dem zivilen Schiffsbau begnügt, war schon  
nach dem zweiten Flottengesetz Hauptzulieferer der kaiserlichen  
Marine, aber ihre wahren Boomzeiten hatte sie im 1. und 2.  
Weltkrieg. Schon im 1. Weltkrieg bediente sich die Werft der  
Kriegsgefangenen, um die Produktion am Laufen und die  
Gewinne hoch zu halten. Danach folgten einige dürre Jahre. 1933  
begrüßten die Firmeninhaber umso erfreuter die Machtübergabe

an die Faschisten, weil sich durch die Kriegstreiberei der Nazis  
wieder Höchstgewinne abzeichneten. Um die dann wirklich ein-  
streichen zu können, setzte Blohm+Voss zehntausende Zwangs-  
arbeiter und hunderte Häftlinge aus dem KZ Neuengamme ein.  
238 U-Boote für die Faschisten mussten gebaut werden. Und  
auch heute glänzt Blohm+Voss, das mittlerweile zu Thyssen  
Krupp gehört, wieder durch Kriegsproduktion. Der wenigen ziviler  
Bereiche wollte sich das Unternehmen vor kurzem endgültig ent-  
ledigen, durch einen Verkauf an Abu Dhabi MAR. Das Kernge-  
schäft, das, was sich lohnt, sind U-Boote an die Türkei, Portuga-

oder die deutsche  
Marine. Oder wie seit  
Mai 2011 der Bau der  
Fregatte 125 im Ham-  
burger Hafen. Ausge-  
rechnet diese Werft  
als *befriedeten* Be-  
reich zu bezeichnen,  
ist in seiner Doppel-  
sinnigkeit ausgespro-  
chen zynisch. Ihnen  
das Recht zu geben  
Antifaschisten und  
Antimilitaristen anzu-  
klagen ist eine Ver-  
höhnung der Ge-  
schichte und eine  
gefährliche Missach-  
tung der heutigen Re-  
alität! Das dulden wir  
nicht. Wir werden den  
Prozess führen gegen  
die Kriegstreiber von  
gestern und heute! Und  
vor allem dagegen,  
dass sie schon wieder  
den Antimilitarismus,  
der so sehr ihrer  
Interessen widerspricht,  
verbieten wollen.

Damals & Heute: Produktion für den Krieg



**Kriegsverbrecher Blohm+Voss hinter Gitter!  
Kommt zum Prozess seiner Gegner!**

am Dienstag, den **13.09.11**, um **09:30 Uhr**

Ort: Amtsgericht Hamburg-Harburg, Buxtehuder Str. 9, Saal 356

**Spendet!** [Stichwort: Prozess, Postbank Essen, KTN  
415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser]



